Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

68 (21.3.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 68 — Montag, den 21. März 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die Deutschnationalen beschlossen, sich beim zweiten Wahlgang am 10. April nicht zu beteiligen.

•

In Schanghai begannen die Vorfriedensverhandlungen, denen nun alsbald Friedensverhandlungen folgen werden.

•

In der Nacht zum Montag hat das Luftschiff „Graf Zeppelin" von Friedrichshafen aus seine erste Fahrt in diesem Jahre nach Südamerika angetreten.

•

Der Reichspräsident hat eine Verordnung erlassen, die Bestimmungen über Biersteuersenkung, Realsteuersperre und sonstige steuerliche, wirtschafts- und zollpolitische Maßnahmen enthält.

•

Das Reich übernimmt für die Reedereien eine Kreditgarantie im Betrage von 77 Millionen *RM.* Hapag und Lloyd werden ihr Aktienkapital im Verhältnis 10 zu 3 zusammenlegen.

•

Der Reichsinnenminister hat Anordnungen für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl getroffen.

•

Die Verhandlungen zwischen den deutschen Kalisyndikatsvertretern, der französischen und der polnischen Kaliindustrie sind zu einem positiven Abschluß gebracht worden.

•

Die auf der chinesisch-japanischen Vermittlungskonferenz im englischen Konsulat in Schanghai getroffenen Vereinbarungen sind der chinesischen bezw. japanischen Regierung zur Zustimmung vorgelegt worden. Ueber den Zeitpunkt der japanischen Truppenzurückziehung ist noch keine Einigung getroffen worden.

•

Die Pariser Presse veröffentlicht eine anscheinend von amtlicher Seite stammende Erklärung, in der von „Englands und Frankreichs Recht der moralischen Führung bei der Organisierung des Donaubundes" gesprochen wird.

•

Außenminister Marinkowitsch erklärte bei seiner Rückkehr von Genf nach Belgrad, daß eine Einigung in der Donaubundfrage vorläufig nicht zu erzielen sei.

•

Der Unterausschuß des amerikanischen Senats hat die Vorlage über die Genehmigung der Herstellung und des Ausschanks von vierprozentigen Bieres angenommen.

•

Ein holländisches Fischerfahrzeug hat im Nordatlantik eine Ledertasche des vor einem Jahre ums Leben gekommenen Ozeanflieger Parker Cramer aufgefischt, die Papiere, Navigationskarten und Logbuch enthält.

•

Die angekündigte Umbildung der polnischen Regierung Prystor ist am Sonntag erfolgt. Prystor bleibt weiter Ministerpräsident.

Die NSDAP. zu einer Preußenkoalition bereit

Berlin, 20. März. Im Kaiserhof empfing am Samstag nachmittag der nationalsozialistische Abgeordnete Göring im Auftrage Hitlers die Auslandspresse und zwar zuerst die Vertreter der englischen und amerikanischen, dann Vertreter der übrigen Auslandspresse mit der üblichen Ausnahme der Franzosen, Polen, Tschechen, im ganzen etwa 40 Pressevertreter. Der Empfang galt der Auseinandersetzung mit der **Aktion des preußischen Innenministers Severing** gegen die Nationalsozialisten. Immer, so erklärte Göring u. a., wenn durch Wahlen ein neues Ansteigen der nationalsozialistischen Bewegung zum Ausdruck gekommen sei, komme man mit einer Art „Bozheimer Dokumente" heraus, um damit die nationalsozialistische Bewegung zu diskreditieren. Bei der groß angelegten Aktion Severings seien aber im ganzen zwei Gewehre und sechs Revolver gefunden worden. Das sei alles. Die Aktion Severings stelle sich somit als ein Bluff und ein groß angelegtes Wahlmanöver dar. Man habe aus den nationalsozialistischen Büros aber auch die Kartotheken an sich genommen, um zu verhindern, daß die Nationalsozialisten bei der nächsten Wahl sowohl für den Reichspräsidenten wie für den preußischen Landtag zum Wahlkampf mobilisiert werden könnten. **Bei den Preußenwahlen rechneten die Nationalsozialisten mit einem Erfolg von 40 v. H. der Stimmen. Sie würden dann bereit sein, mit verwandten Parteien eine Koalitionsregierung in Preußen zu übernehmen.**

Neue Notverordnung

Biersteuersenkung — Realsteuersperre — Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer — Keine Einfuhrscheine für Getreide

Berlin, 20. März. Der Reichspräsident hat eine neue Verordnung erlassen.

Der erste Teil der Verordnung bezieht sich auf die **Senkung der Biersteuer.** Die Aufteilung des zu senkenden Betrages zwischen Reichs- und Gemeindebiersteuer ist nunmehr in der Weise erfolgt, daß eine Senkung der **Reichsbiersteuer um 3 RM.** vorgenommen worden ist, und zwar werden die bestehenden Steuersätze gleichmäßig um den Betrag von je 3 RM. gekürzt. Diese Kürzung bedeutet für den untersten Steuersatz eine Ermäßigung um 32 Prozent, für den höchsten Steuersatz eine solche um 25 Prozent. Mit der Steuersenkung ist zwangsläufig verbunden eine Ermäßigung des Steuersatzes **für aus dem Ausland eingeführtes Bier von 12 RM. auf 9 RM.** Um Mißständen, die sich im Hausbrauwesen herausgestellt haben, abzuhelfen, sind noch Vorschriften aufgenommen worden, die die entgeltliche Abgabe von Hausbrauerbier verhindern sollen. Die **Gemeindebiersteuer** ist grundsätzlich um 40 Prozent gesenkt worden. Zur Entschädigung der Gemeinden, in denen die Biersteuer zu senken ist, stellt das Reich 28 Millionen RM. bereit. Hiervon erhalten die Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern 24 Millionen und die Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern 4 Millionen RM.

Was das **Inkrafttreten der Biersteuersenkung anlangt,** so hat die Reichsregierung ursprünglich dafür den 20. März in Aussicht genommen. Dabei war aber ausdrücklich erklärte Voraussetzung daß bis dahin zwischen dem Reichskommissar für Preisüberwachung und den beteiligten Kreisen (Brauereien und Gastwirte) eine Einigung über die Bierpreissenkung zustande gekommen war. Diese Einigung ist bisher nicht erzielt worden. Den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Senkung zu bestimmen, ist vielmehr der Reichsminister der Finanzen ermächtigt worden. Die Senkung der Branntweinmonopolabgabe mußte noch ausgesetzt werden, um die Biersteuersenkung so schnell wie möglich den beteiligten Gewerben und dem Verbraucher zugute kommen zu lassen.

Die durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 angeordnete **Realsteuersperre** gilt auch für 1932. Eine Erhöhung der geltenden Realsteuersätze ist ausgeschlossen. Lediglich für die Gemeinden, deren Steuersätze unter dem Landesdurchschnitt liegen, ist die Möglichkeit einer Erhöhung der Realsteuersätze vorgesehen.

Im Interesse einer Belebung des Kraftverkehrs wird **der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer für das Rechnungsjahr 1932 von 10 auf 5 v. H. ermäßigt.**

Auf dem Gebiete der **Hauszinssteuer** beseitigt die Verordnung jeden Zweifel darüber, daß die Eintragung der Ablösungshypothek nicht nur in Reichsmark, sondern auch in Goldmark zulässig ist. Die den Landesregierungen erteilte, bis zum 31. März d. J. befristete Ermächtigung, bei den **Spar- und Girokassen** die zu einer zweckmäßigen Gestaltung der Organisation erforderlichen Maßnahmen zu treffen, ist bis zum 30. September d. J. verlängert worden.

Mit Ablauf des 31. März 1932 treten die **Vorschriften des Zolltarifgesetzes über Einfuhrscheine außer Kraft.** An ihre Stelle soll für Getreide, Hülsenfrüchte und Erzeugnisse daraus eine Regelung treten, die durch die Verordnungen vom 14. und 19. August 1931 für Weizen und Roggen bereits eingeführt ist und sich bewährt hat. Durch die neue Regelung wird ohne Inanspruchnahme von Reichsmitteln ein Austausch von Inlands- gegen Auslandsgetreide ermöglicht und die Handhabe gegeben, dem nach den Ernteergebnissen verschieden stark auftretenden Bedürfnis der Marktentlastung gerecht zu werden.

Die Deutschnationalen zum zweiten Wahlgang

Keine Wahlbeteiligung der Deutschnationalen

Berlin, 20. März. Die deutschnationale Pressestelle erläßt eine Erklärung, in der es heißt: Unser Vorschlag, zugleich mit den großen Länderwahlen eine Neuwahl des Reichstages vorzunehmen und den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl wegfallen zu lassen, ist von der Regierung nicht aufgenommen worden. **Unsere Gründe gegen die Wahl Hindenburgs bestehen fort. Solange keine entscheidende Kursänderung im Reich und in Preußen erreicht ist, stehen wir gegen ihn. Seine Wahl aber ist durch die Zahl des ersten Wahlganges bereits entschieden. Eine aktive Beteiligung der Deutschnationalen in der zweiten Reichspräsidentenwahl kommt nicht in Frage.** Alle Fragen treten heute hinter die eine zurück: Preußen! Die Deutschnationale Volkspartei und ihre schwarz-weiß-roten Mitkämpfer bekennen sich erneut zu dem Ziele der Harzburger Front und erheben den Ruf zur ehrlichen Sammlung aller nationalen, christlichen und sozialen Kräfte. Bei den bevorstehenden großen Länderwahlen gilt es jetzt einzusetzen. **Es gilt, Preußen zu erobern.** Hier liegt jetzt der Hebel zum Sturze des Systems.

Die **Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands** haben beschlossen, im zweiten Wahlgang die Kandidatur Hitler zu unterstützen.

Vereinfachung in der Heeresverwaltung

Berliner Blätter veröffentlichen einen Befehl des Chefs der Heeresleitung, General Freiherr von Hammerstein, über die durchgeführte Heeresvereinfachung und die Arbeit der nächsten fünf Jahre in der Reichswehr. Die Verwaltungsgrundsätze enthalten als wichtigste Punkte:

1. Die Personalabstriche bei Stäben dienen mittel- und unmittelbar dem Heben der Frontstärken. Anträge auf Verstärkung der Stäbe usw. sind unnütz; Verstärkung durch Kommandierungen über den von mir genehmigten Rahmen hinaus ist verboten.

2. Die Maßnahmen, die die Schreiberei im Heere verringern sollen, schließen den höheren Zweck in sich, die Verantwortung der einzelnen Personen zu schärfen und die Persönlichkeitswerte zu heben.

Verordnung über den Burgfrieden

Berlin, 19. März. Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des inneren Friedens ist im Reichsgesetzblatt vom 18. März veröffentlicht worden. **Sie verbietet für die Zeit vom 20. März bis zum 3. April 1932, mittags 12 Uhr, öffentliche politische Versammlungen sowie politische Versamlungen und Aufzüge unter freiem Himmel.** Für die gleiche Zeit ist jede Art der öffentlichen Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugschriften politischen Inhalts verboten. Oeffentliche politische Versammlungen sowie politische Versammlungen unter freiem Himmel, die nach Ablauf der Verbotsfrist stattfinden sollen, dürfen vom 1. April ab öffentlich angekündigt werden. Wer den Verboten zuwiderhandelt, wird, soweit nicht ein höhere Strafe in Betracht kommt, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und eventuell außerdem auch mit Geldstrafe bestraft.

Die Verordnung ergänzt ferner die Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931. **So wird** bestimmt, daß **Plakate und Flugblätter politischen Inhalts mindestens 24 Stunden vor ihrer Verbreitung der zuständigen Polizeibehörde zur Kenntnisnahme vorzulegen sind.** Verstöße gegen diese Anordnung werden mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bestraft.

Reichsgarantie für die Schiffahrt

Zusammenlegung bei Hapag und Lloyd 10:3

Berlin, 20. März. Das Reichskabinett hat den Vereinbarungen zugestimmt, die zwischen den beteiligten Ressorts und den Reedereien getroffen worden sind. **Danach übernimmt das Reich eine Kreditgarantie im Betrage von 77 Millionen; davon werden 7 Millionen den Tramp-Reedern, der übrige Betrag wird für das Jahr 1932 den großen Reedereien zur Verfügung gestellt unter der Voraussetzung, daß die alten Kreditgeber und die Geschäftsführung der Reedereien gewisse Unterlagen schaffen,** von denen die Uebernahme der tatsächlichen Garantie abhängig gemacht wird. Die alten Kreditgeber haben sich schon bereit erklärt, ihre Guthaben bis zum 28. Februar 1933 zu einem niedrigeren Zinsfuß stehen zu lassen. Die Vorstände von Hapag und Lloyd sind übereingekommen, ihren Gesellschaften eine Zusammenlegung des Aktienkapitals von 10:3 vorzuschlagen, so daß es sich bei jeder Gesellschaft auf 48 Millionen *RM* beläuft. Die Auslandsschulden fallen unter die Bestimmungen des Stillhalteabkommens.

Der Reichsinnenminister zum zweiten Wahlgang

Berlin, 20. März. Der Reichsminister des Innern hat durch Verordnung vom 14. März die **Anordnungen für den zweiten Wahlgang getroffen.** Mit Rücksicht darauf, daß in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt am 24. April Landtagswahlen stattfinden, ist mit den Regierungen dieser Länder vereinbart worden, daß die **Stimmlisten gemeinsam für die beiden Wahlen vom 30. März bis 3. April zur Einsicht durch die Wähler ausgelegt werden.** In allen anderen Ländern beschränkt sich die Auslegung für die Reichspräsidentenwahl wie im Jahre 1925 auf zwei Tage, nämlich Samstag, den 2. April, und Sonntag, den 3. April.

Der Wohnungsausschuß für Senkung der Neubaumieten

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit einem sozialdemokratischen Antrag, der die durch die vierte Notverordnung vorgenommenen **Einschränkungen des Mieterschutzes** wieder rückgängig machen will. Die Mehrheit des Ausschusses lehnte den Antrag jedoch ab, weil sie Aenderungen an Notverordnungen zur Zeit aus politischen Gründen nicht für möglich hält. Verschiedene Parteien haben Maßnahmen zur **Senkung der Neubaumieten** und der Zinslasten für Eigenheimbewohner verlangt. Der Unterausschuß hat diese Anträge in einer Entschließung zusammengefaßt, die der Wohnungsausschuß einstimmig annahm. Die Entschließung schlägt der Regierung vor: Senkung oder Erlaß der Tilgung und Verzinsung der Hauszinssteuerhypotheken unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des Orts und des Einzelfalles, steuerliche Erleichterungen, möglichste Herabsetzung oder Aussetzung der Tilgung für erststellige Hypotheken

Der Schritt dreier Unterzeichnermächte in Kowno erfolgt

T.U. **Kowno**, 19. März. Wie die litauische Telegraphenagentur meldet, haben die Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens am Samstag nachmittag jeder im einzelnen der litauischen Regierung eine Verbalnote überreicht, in der darauf hingewiesen wird, daß die Bildung des Direktoriums Simmat, das das Vertrauen des Memelländischen Landtages nicht erwarten könne, zu den von Dr. Zaunius in Genf am 20. Februar abgegebenen Erklärungen im Widerspruch stehe. Aus diesem Grunde würden die Unterzeichnermächte gezwungen sein, das für den Fall Böttcher vorgesehene schiedsgerichtliche Verfahren zu widerrufen und die ganze Angelegenheit der Memelfrage dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten. Ebenso würde die Auflösung des Memelländischen Landtages zu dem Beschluß des Völkerbundsrates vom 20. Februar im Widerspruch stehen und die Unterzeichnermächte müßten dann die Frage aufrollen, ob ein solcher Schritt der litauischen Regierung nicht eine Verletzung des Memelstatuts darstelle.

*

Der litauische Außenminister gegen die Unterzeichnermächte.

T.U. **Kowno**, 19. März. Der litauische Außenminister Dr. Zaunius machte zum Schritt der Unterzeichnermächte des Memelabkommens folgende Bemerkungen: Der Bildung des jetzigen Direktoriums seien Verhandlungen mit den Mehrheitsparteien vorangegangen (!) und er müsse deshalb gegen die Behauptung, als ob die Bildung eines Direktoriums im Widerspruch zu seinen Erklärungen in Genf stehe, energischen Protest erheben. (!) Er habe vielmehr in Genf bei der Behandlung der Memelfrage ausdrücklich auf die Möglichkeit der Auflösung des Landtages hingewiesen. Die litauische Regierung trage Schuld daran, wenn die Verhandlungen mit den Mehrheitsparteien zu keinem Erfolg geführt hätten. Bei den Besprechungen mit den Unterzeichnermächten in Genf habe die litauische Abordnung erklärt, daß sie einen Zusammenhang zwischen dem Fall Böttcher und dem von den zuständigen Stellen der Zentralregierung ergriffenen weiteren Maßnahmen nicht anerkenne. Diese Erklärungen haben die Unterzeichnermächte zur Kenntnis genommen. Wenn jetzt die Unterzeichnermächte einen solchen Zusammenhang feststellen wollen, so werde auch er, Dr. Zaunius, gezwungen sein, diejenigen Erklärungen zu widerrufen, denen zufolge für den Fall von neuen Landtagswahlen der Kriegszustand im Memelgebiet abgeschafft werden würde. Er verstehe nicht, wie eine aufgrund des Memelstatuts veranlaßte Neuwahl des Memelländischen Landtages als eine Verletzung der Memelkonvention hingestellt werden könnte.

*

Litauen für Ueberweisung der Memel-Angelegenheit an den Haager Gerichtshof.

T.U. **Kowno**, 20. März. Nach dem Schritt der Unterzeichnermächte des Memelabkommens am Samstag hielt das litauische Ministerkabinett eine außerordentliche Beratung ab, zu der auch der Vorsitzende des Staatsrates und die Rechtsberater der Regierung hinzugezogen waren. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wurde der Beschluß gefaßt, sich dem Wunsche der Unterzeichnermächte, die Memelangelegenheit dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten, nicht zuwidersetzen, da die weitere Entwicklung im Memelgebiet sich nach der Absetzung Böttchers zwangsläufig ergebe. Man steht auf dem Standpunkt, daß die Souveränität Litauens über das Memelgebiet in der Frage der Bildung des Direktoriums ein für allemal klargestellt werden müsse, um weiteren Zwischenfällen ähnlicher Art vorzubeugen. Die in der Note der Unterzeichnermächte enthaltenen Einwände und Warnungen, so wird erklärt, könnten nicht den Anspruch erheben, sich auf die rechtlichen Voraussetzungen des Memelabkommens zu stützen, sondern seien als Meinungsverschiedenheit zwischen Litauen und den Unterzeichnermächten aufzufassen.

*

Der Memelländische Landtag und das Direktorium Simaitis

Memel, 20. März. Aus Kreisen des memelländischen Landtages wird mitgeteilt, daß in der Sitzung des Landtages am kommenden Dienstag ein **Mißtrauensantrag gegen das Direktorium Simaitis** eingebracht werden wird, der aller Wahrscheinlichkeit nach angenommen werden dürfte. Was dann darauf folgen wird, ist in der gegenwärtigen Lage — nach der Ueberreichung der Note der Signatarmächte in Kowno — völlig ungewiß. Berichte über diese Note wurden in den litauischen Zeitungen unterdrückt, ausländische Zeitungen, die darüber Berichte brachten, wurden beschlagnahmt.

Graf Zeppelins erste Südamerikafahrt

„Graf Zeppelin" startet um Mitternacht zur ersten diesjährigen Südamerikafahrt.

T.U. **Friedrichshafen**, 20. März. Nachdem das Luftschiff „Graf Zeppelin" am letzten Dienstag eine in allen Teilen gut gelungene Werkstättenfahrt ausgeführt hat, wird es heute um Mitternacht seine erste diesjährige Südamerikafahrt antreten. Soweit es die Wetterlage gestattet, wird es die Route durch das Rhonetal, Mittelmeer, Gibraltar, dann über die Kanarischen oder Kap Verdischen Inseln einschlagen. Neun Passagiere nehmen an der Fahrt nach Pernambuco teil. Das Luftschiff wird am Dienstag, dem 22. März, gegen 23,30 Uhr in Pernambuco eintreffen. Für die Rückfahrt nach Friedrichshafen hat der amerikanische Millionär Leeds, der im Jahre 1929 an der großen Weltfahrt teilnahm, bereits gebucht. An Post werden mehrere Säcke befördert. Für Passagiere und Post hat das Condor-Syndikat einen Sonderanschlußdienst nach Bahia, Rio de Janeiro und Buenos Aires eingerichtet. Für die Reise nach Pernambuco sind 900 Kilogramm Lebensmittel und Getränke an Bord des Luftschiffes verstaut worden.

„Graf Zeppelin" nach Südamerika gestartet.

T.U. **Friedrichshafen**, 21. März. Nach dem das Luftschiff „Graf Zeppelin" am Montag um 0,25 Uhr aus der Halle gezogen worden war, ist es um 0,33 Uhr unter Führung von Dr. Eckener zu seiner ersten diesjährigen Südamerikafahrt aufgestiegen. Viele Zuschauer hatten sich trotz der mitternächtlichen Stunde auf dem Werftgelände eingefunden, um dem Luftschiff, seinen Fahrgästen und Besatzungsangehörigen Abschied zu winken und eine glückliche Ueberfahrt zu wünschen. Tonfilmoperateure suchten geschäftstüchtig noch möglichst viel Interessantes in Wort und Bild festzuhalten.

In der Nacht zum Samstag hatte sich der 22jährige Kunstgewerbler Amann aus Augsburg in die Luftschiffhalle eingeschlichen, in der Absicht, mit dem „Graf Zeppelin" nach Südamerika zu fahren. Er wurde aber vom Nachtwächter entdeckt und der Polizei übergeben.

Ausgrabung eines altchristlichen Heiligtums in Palästina

Jerusalem, 20. März. In Tabgha, unweit Tiberias, am Wege nach Capernaum, sind die Fundamente einer unter Kaiser Konstantin dem Großen errichteten Basilika ausgegraben worden, die an der Stelle errichtet war, wo der Heiland die 5000 speiste. Ein noch vorhandener Stein in der Mitte der Kirche, der wahrscheinlich unter dem Altar lag, soll Christus als Sitz gedient haben, als er das Wunder tat. Hinter diesem Stein fand man eine herrlich gezeichnete Mosaiktafel, auf der in den lebhaftesten Farben, schwarz, rot und gelb, ein Korb, mehrere Brote und zwei Fische dargestellt sind. Im westlichen Teil der Kirche entdeckte man einen 5 Meter langen und 7 Meter breiten Mosaikfußboden, auf dem Störche und andere Vögel in ungemein lebendiger Darstellung zu sehen sind. Trotz der Nähe des Sees prangen die Farben dieses Kunstwerkes in unverblaßter Frische. Die Kirche liegt in der Wüste von Bethsaide, wo nach dem 9. Kapitel des Evangeliums Lukas die 5000 versammelt waren, um den Worten des Messias zu lauschen.

Italienischer Bankdiskont auf 6 v. H. ermäßigt

T.U. **Rom**, 20. März. Der italienische Bankdiskont wird am Montag von 7 auf 6 v. H. herabgesetzt.

Lloyd Georges Wandlung

Ein aufsehenerregendes Buch.

T.U. **London**, 20. März. In seinem neuen Buch „Die Wahrheit über die Reparationen und Kriegsschulden" erklärt Lloyd Georges, der bekanntlich einer der Schöpfer des Versailler Vertrages ist, daß die völlige Streichung der Reparationen nicht im Widerspruch zum Versailler Vertrag stehen würde. Die entsprechenden Klauseln des Vertrages ließen ausdrücklich die Möglichkeit einer Herabsetzung bezw. Streichung der Reparationen bei Uebereinstimmung der betroffenen Regierungen offen. Die Reparationen und Kriegsschulden, sowie die falsche Verteilung des Goldes und die hohen Zollmauern seien die Hauptursachen der gegenwärtigen Weltkrise. Lloyd Georges schildert u. a. auch seine Rolle bei den Reparationsverhandlungen in den Jahren 1919/21. Er betont, daß er die Schwierigkeiten, die sich der Leistung der damals festgesetzten Reparationszahlungen entgegensetzten, vorausgesehen habe, daß jedoch der Druck der öffentlichen Meinung seinerzeit keinen anderen Weg offen gelassen habe.

Lloyd Georges beziffert den Gesamtbetrag, der bis zum Inkrafttreten des Hoovermoratoriums gezahlten Reparationen auf 1010 Millionen Pfund Sterling, wobei er die Besatzungskosten und den Wert der abgetretenen Besitzungen miteinrechnet. Er kommt zu dem Schluß, daß Deutschland nicht mehr bezahlen könne. Den einzigen Ausweg sieht Lloyd Georges in einer Aenderung der Haltung der Vereinigten Staaten. Er richtet in diesem Zusammenhang scharfe Angriffe gegen Amerika, das selbst bei einer Streichung der Kriegsschulden noch nicht annähernd so große Verluste durch den Krieg aufzuweisen haben würde, wie etwa Frankreich und England. Wenn Amerika an seiner gegenwärtigen Politik festhalte und sich einer Herabsetzung der Kriegsschulden widersetze, so werde es allmählich seine Wirtschaft vollkommen zugrunde richten, indem es sich selbst seiner besten Kunden, nämlich der europäischen Staaten, beraube. Amerika halte die Schlüsselstellung zu seiner eigenen und zur Wohlfahrt der ganzen Welt. Lloyd Georges empfiehlt, um Amerika entgegenzukommen, eine beträchtliche Herabsetzung der Rüstungen.

„Eine große Gelegenheit", so schreibt Lloyd Georges, „erwartet die Welt in Lausanne. Wollen die Staatsmänner sie ergreifen oder wollen sie fortfahren, zu faseln?"

Das Buch enthält eine Reihe interessanter bisher unveröffentlichter Briefe von Staatsmännern, die mit der Reparations- und Kriegsschuldfrage zu tun gehabt haben. Lloyd Georges greift u. a. Poincare auf schärfste an. Er nennt ihn den unfranzösischsten aller Franzosen. Poincares Ansicht von Deutschland sei die eines Heilsarmeehäuptlings vom Teufel gewesen.

Waffenstillstandsverhandlungen in Schanghai

London, 20. März. Im englischen Konsulat in Schanghai fand am Samstag vormittag die erste **zweistündige Waffenstillstandskonferenz** statt, an der außer dem englischen Generalkonsul auch der französische Konsul sowie die Vertreter Japans und Chinas teilnahmen. Der chinesische und der japanische Vertreter äußerten sich in dem Sinne, daß man einer Verständigung wesentlich nähergekommen sei.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Reise des Reichskanzlers nach Bayern. Reichskanzler Dr. Brüning wird am Dienstag an der Goethefeier in Weimar teilnehmen und sich anschließend auf etwa zehn Tage nach Bayern begeben.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands richtet zur Reichspräsidentenwahl einen Aufruf an die christliche Arbeiterschaft, ihre ganze Kraft einzusetzen, damit der 10. April ein überwältigender Sieg für Hindenburg wird.

Stiftung des Reichspräsidenten für Goethes Geburtsstätte. Reichspräsident von Hindenburg hat der deutschen Volksspende für Goethes Geburtsstätte einen persönlichen Beitrag in Höhe von 5000 RM. bewilligt.

Der Hauptgewinn der preußischen Winterhilfelotterie fiel auf einen Lehrer, Vater von 13 Kindern und einen armen Schneider, die beide in Groß-Stanisch (Oberschlesien) wohnen.

In zwölfter Stunde

Roman von Hans Otto

Urheberrechte: Literatur-Verlag Gloria, Berlin-Steglitz

8. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ja, aber das, wie gesagt, nachher. Jetzt kommt meine nächste Frage: würde es Ihnen Spaß machen, für die Weltfilm-A.-G. zusammen mit Herrn Bartelt Aufnahmen zu machen?"

„Das würde ich riesig gern tun, aber . . ."

„Verzeihen Sie, daß ich Sie unterbreche, mir steht nämlich sehr wenig Zeit zur Verfügung. Also, das Filmengagement ist perfekt, ich kann es aber nicht antreten und brauche Ersatz. Ich darf also sicher sein, daß Sie sich mit Herrn Bartelt in Verbindung setzen werden, der sich übrigens mächtig darauf freut, mit Ihnen zusammen zu arbeiten?"

„Ja, aber wollen Sie mir nicht sagen, wieso Sie verhindert sind?"

„Weil ich eine Stunde vorher mit Generaldirektor Reichlin abgeschlossen habe, der mich jetzt sofort nach Utingen mitnimmt, wo ich einen Rennwagen ausprobiere, um dann für die Reichlinwerke auf dem Nürburgring im Großen Preis von Deutschland zu starten."

„Allewetter! Himmlisch! Ich gratuliere Ihnen herzlichst. Beide Daumen werde ich für Sie drücken!"

„Dann muß ja alles gut gehen! Und haben Sie schönen Dank für Ihre liebenswürdige Zusage, mich vertreten zu wollen. Ich bitte noch um einen Gruß an Herrn Markwald."

„Will ich gern ausrichten."

Nachdenklich legte Elli den Hörer in die Gabel. Mit diesem Gruß an Willy Markwald konnte sie nicht fertig werden. Dahinter steckte doch etwas. Wie kam Helling dazu, ihr einen Gruß an den Bruder ihrer Freundin aufzutragen? Helling und Markwald kannten sich doch kaum und es war auch gar nicht anzunehmen, daß zwischen den beiden ein Freundschaftsbund geschlossen worden sein könnte.

Endlich stellte sich bei ihr die Erleuchtung ein. Sie waren eines Abends allesamt bummeln gewesen. Helling, Bartelt, Markwald mit seiner Schwester Ingelinde und sie. Um Markwald ein bißchen aufzumuntern, hatte sie sich seiner angenommen, mit ihm mehr gescherzt und gelacht als mit den anderen. Jetzt entsann sie sich auch, daß Helling sie manchmal so merkwürdig fragend angesehen hatte, und noch verwunderter, als er sie ein paar Tage später mit Markwald zusammen sah, den sie zufällig getroffen hatte.

Ein glückliches Lächeln lag auf dem edel geschnittenen Gesicht des zwanzigjährigen Mädchens, dessen graue Augen groß und leuchtend waren, Tatkraft und Unternehmungslust, Freude am Dasein und am Kampf sprachen aus ihnen. Der Flugsport war ihr Element, ihm hatte sie sich verschrieben mit Leib und Seele und hatte dabei ihr Herz an Dieter Helling verloren, der nichts davon wußte, der vielmehr glaubte, Markwald sei der Erwählte ihres Herzens.

5. Kapitel.

Das Flugzeug mit Reichlin und Helling an Bord näherte sich dem Flugplatz von Utingen. Der Pilot stellte den Motor ab und setzte kurze Zeit später zum Gleitflug an.

Dieters Blicken zeigte sich das freundliche Utingen mit seinen vielen hübschen neuen Häusern, die Landhauskolonie der Reichlinwerke und diese selbst mit ihren hohen Schornsteinen im strahlenden Sonnenschein. Wenn es ihm auch bekannt war, daß das Reichlinsche Unternehmen mit zu den größten der Branche gehörte, so staunte er doch über die großartige Anlage, die ein weitausschauender, moderner Geist geschaffen hatte und leitete.

Dort unten lag seine Zukunft!

Die Räder des Flugzeuges berührten den Boden und rollten aus. Ein bereitstehendes Auto harrte der Kommenden.

Wenig später hielten sie vor dem Bürohaus. Direktor Amberg eilte herbei. Er wollte Reichlin mit den neuesten Meldungen vom Nürburgring aufwarten, doch dieser winkte schnell ab, als er merkte, daß es sich nur um Einzelheiten über den ihm bekannten Vorfall handelte. Er stellte Helling vor, von dessen Mitkommen er Amberg schon telefonisch unterrichtet hatte.

Zu dritt schritten sie einen langen Gang entlang, auf dem sich Zimmer an Zimmer reihte. Reichlin öffnete die Tür eines teppichbelegten, hübsch ausgestatteten Warteraumes und bat Helling, einstweilen Platz zu nehmen.

Während Helling sich selbst überlassen war, konferierte Reichlin mit Amberg.

„Haben Sie alles Erforderliche veranlaßt, damit die Probefahrt sofort vorgenommen werden kann?"

„Jawohl, Herr Generaldirektor. Ich habe den ausgesuchten Wagen genau prüfen lassen, er steht fahrtbereit."

„Haben Sie mit Kramer gesprochen?"

„Ja, aber noch nicht über alle Einzelheiten. Ich wußte nicht, ob Sie nicht selbst . . ."

„Gut, gut! Schicken Sie ihn bitte gleich zu mir."

Kramer, ein mittelgroßer Mann mit einem offenen, ehrlichen Gesicht betrat das Chefzimmer. Seine klaren, festblickenden Augen waren braun, wie sein kurzgehaltenes Haar.

„Setzen Sie sich, Herr Kramer. Ich möchte ein paar Worte im Vertrauen mit Ihnen sprechen. Wie lange sind Sie eigentlich schon bei den Reichlinwerken?"

„Es werden bald fünfundzwanzig Jahre, Herr Generaldirektor, wenn ich meine Lehrzeit mit einrechne."

„Ein hübscher Zeitraum! Inzwischen sind Sie Werkmeister geworden. Waren Sie eigentlich immer zufrieden?"

„Das darf ich wohl sagen."

„Das freut mich, umsomehr, als ich nur Gutes von Ihnen weiß. Sie werden sich erinnern, daß ich Sie verschiedentlich mit besonderem Vertrauen bedacht habe."

„Ich entsinne mich sehr gut, Herr Generaldirektor, und ich danke Ihnen dafür."

„Für mich ist es eine große Beruhigung, Mitarbeiter zu haben wie Sie, auf die ich mich verlassen kann. Nun zu dem Zweck unserer Unterredung. Sie haben wohl gehört, was Nagel und Zeller sich geleistet haben und werden sich denken können, daß wir eine neue Besetzung für den zweiten Wagen haben müssen. Der Zufall hat mich mit einem Manne bekannt gemacht, der mir für die Führung des zweiten Wagens geeignet erscheint. Ich bin mir allerdings nicht ganz sicher und möchte, daß Sie mit dem Herrn auf der Fabrikbahn probefahren, so wie damals mit Herrn von Graven-Detten. Ihr Urteil über ihn hat die Zeit voll bestätigt. Leider stehen Sie wohl nicht besonders mit ihm?"

(Fortsetzung folgt.)